



31. März 2010

Antrag gemäß § 7 (1) der Geschäftsordnung der Regionsversammlung der Region Hannover

Anhörung von Optionskommunen

In die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit am 29.04.2010

In die Sitzung des Regionsausschusses am 04.05.2010

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit empfiehlt, der Regionsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen des nächsten Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit am 03.06.2010 eine Anhörung mit Vertreterinnen und Vertretern aus Optionskommunen durchzuführen.

Begründung:

Die auf Bundesebene zustande gekommene parteiübergreifende Einigung zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende verlangt von der Region Hannover die Entscheidung, ob die Aufgabenwahrnehmung weiter im Regelmodell zusammen mit der BA erfolgen soll oder ob ein Antrag auf Zulassung als Optionskommune gestellt wird. Um hier eine fundierte politische Entscheidung herbei zu führen, ist es notwendig, neben den von der Verwaltung vorzulegenden Entscheidungshilfen und Informationen tatsächliche, aktuelle Erfahrungswerte aus praktizierenden Optionskommunen zu Rate zu ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Lüddecke
-Fraktionsvorsitzender-